UKRAINE

„Totale Demontage“

Mit atemberaubendem Tempo treibt Wiktor Janukowitsch, der neue Präsident in Kiew, den Kurswechsel seines Landes voran und revidiert Entscheidungen des prowestlichen Vorgängers Wiktor Juschtschenko. Vergangene Woche berief er 14 ukrainische Botschafter von ihren Posten ab, so die Chefdiplomaten in Washington und Paris sowie bei EU und Nato. Zur gleichen Zeit setzte die Generalstaatsanwaltschaft ein vor fünf Jahren eingestelltes Ermittlungsverfahren gegen Ex-Regierungschefin Julija Timoschenko wieder in Gang, die Janukowitsch bei der Präsidentenwahl unterlegen war – für Beobachter die beginnende Abrechnung mit dem politischen Gegner. Auch die Medien spüren den neuen Wind: Journalisten der TV-Sender 1+1 und STB klagten in einem offenen Brief über wiedereinsetzende Zensur. Selbst Juschtschenkos Erlasse über die Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Nationalistenführer aus der Kriegszeit wurden sofort kassiert. Am deutlichsten aber ist die Wiederannäherung an Moskau. Von einem Ende des Pachtvertrags für die russische Schwarzmeerflotte ist keine Rede mehr; Janukowitsch versprach, dass sie bis mindestens 2042 auf der Krim bleiben darf – der neue Vertrag soll diesen Montag beim Besuch des russischen Präsidenten in Kiew noch ergänzt werden. Dass es Absprachen über weitere Militärstützpunkte gibt, darunter über eine erneute Nutzung der früheren sowjetischen U-Boot-Basis Balaklawa, dementierte Janukowitsch zwar; der Kommandeur der Schwarzmeerflotte bestätigte jedoch Gespräche über den Ausbau der Garnisonen. Mehrere Parteien und Organisationen haben nun ein „Volkskomitee zum Schutz der Ukraine“ gegründet. Es soll die „totale Demontage der ukrainischen Staatlichkeit und die Übernahme der Ukraine durch Russland“ verhindern, wie Jurij Andruchowytsch erklärte, der populärste Schriftsteller des Landes.

JOCK FISTICK / LAIF

Timoschenko

ANDY RAIN / DPA

Koalitionäre Cameron, Clegg

GROSSBRITANNIEN

Qual der Kompromisse

Wie ein frisch getrautes Ehepaar strahlten sie sich an, im Rosengarten von Nr. 10 Downing Street: der neue Premier David Cameron von den Tories und sein liberaldemokratischer Stellvertreter Nick Clegg, Partner in der ersten Koalition seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch die erste Niederlage droht schon diese Woche, dann wollen die Europäer, allen voran Deutschland und Frankreich, eine schärfere Regulierung der Hedgefonds durchsetzen. Das würde Londons Finanzdistrikt schaden, wo 80 Prozent der europäischen Hedgefonds ansässig sind. Die Bitten der neuen Regierung, mit der Abstimmung der EU-Finanzminister doch wenigstens zu warten, bis sie ihre Büros bezogen hat, hatten die EU-Partner ignoriert. Das könnte Disharmonie in die neue Partnerschaft bringen, denn in keinem Punkt unterscheiden sich Tories und Liberale so sehr wie in ihrer Haltung zur EU. Cameron hetzte schon gegen Europa, als er im Elite-Internat Eton noch Haschisch rauchte. Clegg dagegen hat eine Niederländerin zur Mutter und eine Spanierin zur Frau, er hat für die EU-Kommission gearbeitet und mag den Euro. Zwar haben die beiden Politiker sich gerade auf eine Kompromisslinie geeinigt – etwa, dass der neue konservative Außenminister William Hague nun nicht mit einem aggressiven Forderungskatalog nach Brüssel reisen darf. Hague will seit Jahren aus der EU-Grundrechte-Charta aussteigen und Befugnisse für Westminster zurückerobern. Auch in anderen Bereichen ist die Prognose für die neue Koalition nicht gut. Streit droht ihr bei der Innen- und Energiepolitik. Außerdem muss sie in wenigen Wochen einen Nothaushalt zimmern und gleich darauf wegen des gewaltigen Defizits in Friedenszeiten noch nie dagewesene Sparmaßnahmen beschließen. Schnell könnten sich die Charmeure aus dem Rosengarten deshalb bei den Wählern unbeliebt machen – und das Modell einer Koalitionsregierung endgültig in Verruf bringen.

ISRAEL

Nörgler müssen draußen bleiben

Mit fragwürdigen Methoden geht der jüdische Staat gegen ausländische Kritiker vor. Immer wieder werden politisch missliebige Besucher bei der Ankunft am Tel Aviver Ben-Gurion-Flughafen vom Inlandsgeheimdienst Schabak festgehalten, verhört und ausgewiesen. Zuletzt verweigerten die Sicherheitskräfte Ende April dem spanischen Clown Ivan Prado die Einreise. Sie warfen ihm Kontakte zu „Terroristen“ vor. Dabei wollte Prado nur in der palästinensischen Stadt Ramallah ein Clown-Festival ins Leben rufen. Zurück in Madrid, machte er den Vorfall publik. Die israelische Botschaft dort beschwerte sich daraufhin im Jerusalemer Außenministerium über die durch den Vorfall produzierten Negativschlagzeilen. Ähnlich erging es einem amerikanischen Journalisten. Auch der amerikanische Autor Norman Finkelstein und der Uno-Sondergesandte für die palästinensischen Gebiete, Richard Falk, durften nicht ins Land. Besonders absurd: Beide sind Juden. Wären sie nicht als Besucher, sondern als Einwanderer eingereist, hätten sie automatisch die israelische Staatsangehörigkeit erhalten.